

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Cornelia Seibeld (CDU)

vom 10. November 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. November 2022)

zum Thema:

Wo und wie verwendet das Land Berlin eine Demokratie- und Extremismusklausel?

und **Antwort** vom 23. November 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. Nov. 2022)

Senatsverwaltung für Justiz,
Vielfalt und Antidiskriminierung

Frau Abgeordnete Cornelia Seibeld (CDU)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/13895

vom 10. November 2022

über Wo und wie verwendet das Land Berlin eine Demokratie- und Extremismusklausel?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche Behörden des Landes Berlin verwenden bei der staatlichen Förderung von Vereinen, Trägern oder weiteren Institutionen eine Demokratie- bzw. Extremismusklausel?

Zu 1.: Eine Demokratie- oder Extremismusklausel findet im Land Berlin bei der staatlichen Förderung von Vereinen, Trägern oder weiteren Institutionen keine Anwendung.

2. Sollte eine solche Klausel verwendet werden, nach welchen Maßstäben und in welchen Fällen wird sie verwendet?

Zu 2.: Siehe Antwort zu Frage 1.

3. Welche Gründe stehen gegebenenfalls der Verwendung entgegen?

Zu 3.: Organisationen und Personen mit erkennbar verfassungsfeindlichen Zielsetzungen erhalten keine Fördermittel des Berliner Senats. Deswegen stellt sich die Notwendigkeit zur Anwendung einer Demokratie- oder Extremismusklausel im Rahmen der staatlichen Förderpraxis im Land Berlin nicht dar. Einer Einführung von Demokratie- oder

Extremismusklauseln steht zudem die Wirkungslosigkeit solcherlei Klauseln entgegen. Denn eine Verpflichtung zur Unterzeichnung von formalisierten Bekenntnisklauseln würde extremistische Organisationen kaum von einer Beantragung von Fördermitteln abhalten.

4. Gibt es Fälle aus den Jahren 2019, 2020, 2021 und 2022, in denen auf Grundlage der Klausel eine Rückforderung der Fördermittel entweder erfolgte oder geprüft wurde? (Bitte nach Jahreszahlen und Behörden aufschlüsseln.)

Zu 4.: Siehe Antwort zu Frage 1.

Berlin, den 23. November 2022

In Vertretung

Saraya Gomis

Senatsverwaltung für Justiz,

Vielfalt und Antidiskriminierung